

EIN ABSCHIED VON EUROPA? – DIE UNION IST IM AUFBRUCH!

Ein Gastbeitrag von Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Jean-Claude Juncker sagte die berühmten Sätze: Es fehlt an Europa in dieser Union. Und es fehlt an Union in dieser Union. Trotz mancher Schwächen und großer Herausforderungen hat das europäische Projekt seine Attraktivität aber nicht eingebüßt. Nach einem Erstarren der zentrifugalen Kräfte sind nun die Gravitationskräfte wieder im Aufschwung. Eine zunehmend pro-europäische Stimmung in den meisten Mitgliedstaaten und die progressiven Bürgerbewegungen wie „Pulse of Europe“ oder „March for Europe“ geben Grund zur Zuversicht. Sieben Jahrzehnte Frieden und eine Union mit 500 Millionen Bürgern, die heute in Freiheit in einer der Regionen mit dem höchsten Wohlstand der Welt leben, sind beispiellose Errungenschaften. Europa war die beste politische Idee des 20. Jahrhunderts. Europa ist das beste Instrument zur Gestaltung des 21. Jahrhunderts. Ein geeintes Europa, das unsere Werte und Interessen nach innen und außen verteidigt, ist und bleibt die große Vision für die Zukunft.

Um nichts weniger geht es in dem von der EU-Kommission vorgelegten „Weißbuch zur Zukunft Europas: Die EU der 27 im Jahr 2025“, dessen Logo „Tsuru“-Origami-Kraniche, darstellt, die in Japan für langes Leben, Glück und Frieden stehen. Jean-Claude Juncker will mit seinem Vorstoß zum Denken und Umdenken anregen. Er will eine Debatte anstoßen, ohne diese zu vereinnahmen oder die endgültige Richtung schon vorwegzunehmen. In einer Rede formulierte er es so: „Das Weißbuch steht für die Tugend, die Europa stark macht: Es steht dafür, dass wir in Europa unterschiedliche Meinungen zulassen und Kraft aus Diskussionen schöpfen.“ Die Entscheidung ist be-

wusst auf ein Weißbuch gefallen, das allen Europäerinnen und Europäern erlaubt, sich an der Debatte zu beteiligen.

Europa hat gezeigt, wie viel besser es ist, mit vereinten Kräften zu wirken, statt im nationalen Alleingang im gegenwärtigen Sturm



Foto: PROMMO

von internen und externen Herausforderungen zu stranden. Die Wahlen der letzten Zeit bestätigen, der Populismus verliert an Boden und ein selbstbewusstes Eintreten für Demokratie und Europa kann überzeugen. Die ambitionierte EU-Agenda zeigt positive Ergebnisse in der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung. Der Juncker-Plan für mehr Investitionen hat inzwischen über 225 Mrd. Euro angestoßen. Eine neue Zuversicht ist gewachsen, die gerade in Zeiten des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und anderer turbulenter Entwicklungen für die Vision einer attraktiven EU genutzt werden muss. In dieser Phase erneuerten Vertrauens ist ein Ausruhen auf dem Erreichten kein probates Mittel. Das haben wir in der Vergangenheit oft genug erfahren. Nur mit Entschlossenheit, den Zusammenhalt zu festigen und dem europäischen Projekt

Lebendigkeit und Überzeugungskraft zu verleihen, haben wir eine Chance.

Das Weißbuch macht deutlich, vor welcher Wahl wir stehen: Entweder werden wir von globalen Entwicklungen überrollt, oder wir stellen uns ihnen und ergreifen die neuen

Chancen, die sie mit sich bringen. Europas Bevölkerung und wirtschaftliches Gewicht schrumpfen, während andere Teile der Welt wachsen. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts lebten noch 25 % der Menschheit in Europa, Mitte dieses Jahrhunderts werden es nur noch 5 % sein – ein guter Grund zusammenzuhalten, um auf diese Weise mehr zu wiegen und zu erreichen. Europa ist eine positive globale Kraft. Sein Wohlstand bleibt von der Öffnung und von starken Beziehungen zu seinen Partnern abhängig.

Das Weißbuch besteht aus zwei gleichermaßen relevanten Teilen, und es setzt sich mit den größten Herausforderungen und Chancen für Europa in den nächsten zehn Jahren auseinander. In dem einen Teil geht es um langfristige Entwicklungen, die prägend für unsere Zukunft sein werden. Im Fokus stehen die Auswirkungen neuer Technologien auf Gesellschaft und Beschäftigungsbedingungen, die von vielen als Bedrohung empfunden werden. Zudem werden wir eine stetige Zunahme an Mobilität und an dem individuellen wie gesellschaftlichen Bedürfnis nach Sicherheit erleben.

Der andere Teil skizziert in fünf Szenarien einen Ausblick, wo die Union im Jahr 2025 stehen könnte. Die Szenarien veranschaulichen, wohin die Reise bei der europäischen Integration je nach politischer Richtungs-

... weiter von Seite 1

wahl gehen kann. Der gewählte Ansatz will bewusst die Mitgliedstaaten und die öffentliche Meinung einbeziehen. Eine EU-weite Debatte hat daher begonnen, in der Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen.

Die Szenarien beginnen mit einem „Weiter so, wie bisher“ in Szenario eins, das bedeutet, die EU27 konzentrieren sich auf die Umsetzung ihrer Reformagenda entsprechend den politischen Leitlinien der Kommission und der von allen Mitgliedstaaten angenommenen Erklärung von Bratislava. Szenario zwei heißt „Schwerpunkt Binnenmarkt“ und konzentriert sich auf die Aspekte des Binnenmarkts, sofern die 27 Mitgliedstaaten in anderen Politikbereichen nicht in der Lage sind, eine gemeinsame Haltung zu finden. In Szenario drei, „Wer mehr will, tut mehr“, gestattet die Union interessierten Mitgliedstaaten sich zusammenzutun, um in bestimmten Politikbereichen wie Verteidigung, innerer Sicherheit oder Sozialem gemeinsam weiter voranzuschreiten, als es zu 27 möglich ist. Es entstehen Koalitionen der Willigen.

Szenario vier, „Weniger, aber effizienter“, sieht eine Konzentration auf ausgewählte Bereiche vor, in denen rascher Ergebnisse erzielt werden können, und überlässt andere Tätigkeitsbereiche den Mitgliedstaaten. Im fünften Szenario, „Viel mehr gemeinsames Handeln“, beschließen die EU27, mehr Kompetenzen und Ressourcen zu teilen, um auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen, die auch zügig umgesetzt werden.

In weiterer Folge hat die Kommission Reflexionspapiere zur Zukunft Europas veröffentlicht, die diese allgemeinen Szenarien auf konkrete, für die Zukunft besonders wesentliche Themenfelder anwendet. So stößt beispielsweise das Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas die Debatte über Trends und Möglichkeiten eines sozialen Europas bis 2025 an. Das Reflexionspapier „Die Globalisierung meistern“ zielt auf die lokale und globale Dimension der Globalisierung und ihre Gestaltung mit unseren Werten und Interessen ab. Das Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion dagegen richtet den Blick

nach innen und eröffnet eine Debatte um die Behebung der Mängel unserer Wirtschafts- und Währungsunion.

Mit dem Weißbuch hat die Debatte über Europas Zukunft begonnen, sie ist aber noch lange nicht am Ziel. Die Union ist im Aufbruch, nicht im Niedergang. Als Nährstoff braucht sie Inhalte: die Gestaltung der Globalisierung und der Digitalisierung auf Basis europäischer Werte, die Absicherung unseres Demokratie-, Sozial- und Wirtschaftssystems im Wettbewerb mit anderen Leitsystemen, der bestmögliche Schutz des Individuums und der Gemeinschaft vor Bedrohung und Not. Um das zu erreichen, braucht es auch eine Umkehr im politischen Denken: statt rote Linien zu setzen, müssen wir wieder beginnen, gemeinsame Schnittmengen zu suchen. Statt unentwegter Selbstkritik Mut zu neuem Selbstbewusstsein haben, statt Defätismus wieder mehr Optimismus zeigen, statt Zukunftsangst eine neue Zukunftslust leben. Nichts anderes erwarten die Menschen, die für Europa auf die Straße gehen. Nichts anderes haben sie verdient.

LAMBSDORFF: EUROPA KANN ZUM „STABILISATOR“ WERDEN

Weg von kleinteiligem nationalen Denken hin zu einem gesamteuropäischen Entwurf – nur so kann die EU nach Ansicht des derzeitigen Vizepräsidenten des Europaparlaments, des FDP-Politikers Alexander Graf Lambsdorff, die großen Aufgaben erfolgreich angehen. Sei es die von Präsident Donald Trump proklamierte Fokussierung der US-Politik auf die Interessen der Vereinigten Staaten, eine möglichst friktionslose Ausgliederung Großbritanniens aus der Union, die wirtschaftlichen Probleme – nicht nur – der südlichen Mitgliedstaaten, die nationalistischen Tendenzen in Osteuropa und der um sich greifende sogenannte Populismus: Sowohl intern als auch in ihren Außenbeziehungen muss sich die EU auf unruhige Zeiten einstellen, warnt Lambsdorff. Und in denen kommt man nach seiner Überzeugung mit provinziellem Denken nicht weiter.

Stattdessen plädiert er dafür, Europa zu einem „Systemstabilisator“ zu machen, wie er es in einem Interview mit dem Deutschlandfunk formulierte. Damit meint er, dass die EU-Staaten die anstehenden Herausforderungen nutzen sollten, um sich von engstirnigem Geschacher um nationale Interessen innerhalb der Gemeinschaft zu lösen. Stattdessen sollte sich die EU auf ihren starken integrativen Grundgedanken besinnen, enger zusammenrücken und so zu einem stabilisierenden Pol in unruhigen Zeiten werden.

Globales Denken in der EU fordert der überzeugte Europäer Lambsdorff dabei auch in der Handels- wie

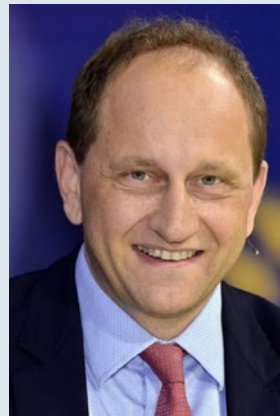


Foto: piz/Bpa-ZB/Karlheinz Schindler

in der Verteidigungspolitik, aber ebenso mit Blick auf die Flüchtlingsfrage. Aus seiner Sicht muss die gesamte europäische Asyl-, Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik auf den Prüfstand. In dieser Hinsicht ist nach Meinung des Liberalen ein gesamteuropäischer Entwurf erforderlich: Es gelte, die Flüchtlingspolitik zu europäisieren. Will heißen: weg von engstirnigem nationalen Vor-

teilsdenken, hin zu mehr Solidarität in der EU.

Alexander Sebastian Léonce Freiherr von der Wenge Graf Lambsdorff, wie der FDP-Politiker mit vollem Namen heißt, kam am 5. November 1966 in Köln zur Welt, ging in Hamburg, Brüssel und Bonn zur Schule und machte in der damaligen Bundeshauptstadt sein Abitur. Anschließend studierte er in Bonn und Washington Neuere Europäische Geschichte. Nach dem Studium führte Lambsdorffs Weg über eine Tätigkeit bei der Unternehmensberatung McKinsey in die EU-Kommission. Ab 1995 wurde er zum Diplomaten ausgebildet, 2004 dann ins Europäische Parlament gewählt, zu dessen Vizepräsidenten er seit 2014 zählt. Jetzt kandidiert der Liberale für ein Bundestagsmandat.

MACRON UND SEINE VISION VON EINEM ZUKUNFTSFÄHIGEN EUROPA

Mit dem Ausgang der jüngsten Parlamentswahlen, der sozusagen dritten Runde der Präsidentschaftswahlen, haben die Franzosen ihrem neuen Präsidenten Emmanuel Macron eine komfortable absolute Mehrheit in der Nationalversammlung und damit eine Voraussetzung dafür verschafft, seine politischen Ziele umzusetzen. Dazu gehört innenpolitisch insbesondere die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Sie soll wesentlich dazu beitragen, das Land wirtschaftlich zu modernisieren und wettbewerbsfähiger zu machen. Außerdem will der jüngste Präsident im Pariser Élysée-Palast so die Arbeitslosigkeit in seinem Land bekämpfen. Doch dazu wird er sich des Wohlwollens der französischen Gewerkschaften versichern müssen, sagen Beobachter. Und die sind bei der Durchsetzung ihrer Interessen bzw. der ihrer Mitglieder bekanntlich nicht gerade zimperlich.

Doch nicht nur für das eigene Land hat Macron große Pläne. Auch die von Eurokrise, wieder aufkommendem Nationalismus und dem Brexit verunsicherte EU möchte er reformieren und wieder auf Vordermann bringen. Dabei setzt der neue französische Präsident insbesondere auf eine enge Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch Deutschland. Allerdings rufen die tief greifenden Reformpläne des neuen französischen Präsidenten beim Nachbarn jenseits des Rheins einige Skepsis hervor. So erhoffen sich deutsche Politiker aller Parteien zwar, dass Macron der zuletzt kränkelnden Idee vom gemeinsamen Europa neues Leben einhaucht. Gleichzeitig wird jedoch warnend das Menetekel von einer „Schuldengemeinschaft“ an die Wand gemalt, die Macron im Sinn haben könnte.

Konkret zielen Macrons Reformvorschläge auf eine Stabilisierung und Stärkung der Eurozone ab. Mit diesem Ziel sollen die zu dem Währungsraum gehörenden 19 Staaten einen eigenen gemeinsamen Haushalt, ein gemeinsa-

mes Parlament und einen gemeinsamen Finanzminister bekommen. Als Vorteile dieser Idee sehen ihre Befürworter, dass dieser „europäische“ Finanzminister mit einem eigenen Budget Investitionen anpacken und zugleich etwas gegen die sozialen Probleme unternehmen könnte, von denen einige EU-Mitgliedsländer besonders gebeutelt sind. Darunter fallen etwa die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und auch in Frankreich oder die Folgen der rigiden Sparpolitik in Griechenland. Der Probleme in den überfüllten Auffanglagern für Flüchtlinge in Italien könnte sich der Euroraum-Finanzminister mit den Mitteln seines Budgets demnach ebenfalls annehmen.

Darüber hinaus hält der neue französische Präsident sogenannte Eurobonds für sinnvoll, also gemeinsame Anleihen der Eurostaaten, für die sie gemeinsam haften sollen. Spätestens bei dem Punkt hört das Wohlwollen in Berlin für die Pläne des französischen „Hoffnungsträgers“ dann auf. Insbesondere in Kreisen von CDU/CSU steht bei der Kritik an dem Eurobonds-Vorschlag die Befürchtung im Vordergrund, ein gemeinsamer Haushalt und gemeinsame Schulden könnten insbesondere den deutschen Steuerzahler zu viel Geld kosten. Deshalb erteilte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel der Idee von den Eurobonds gleich eine Absage.

Die Eurobonds würden es „klammen“ Ländern, insbesondere im Süden Europas, erleichtern, Geld aufzunehmen. Denn so würden die Unterschiede bei den Kosten (Renditen) von Staatsanleihen, die auch jetzt noch für Frankreich deutlich höher sind als etwa für Deutschland, angeglichen. Letztlich würde das bedeuten: Geld leihen wird für Griechenland, aber auch Frankreich und andere, um einiges billiger als bislang, für Deutschland hingegen spürbar teurer. Dementsprechend ist der Zuspruch für den Gedanken der Eurobonds hierzulande erheblich geringer als in anderen Eurostaaten.

Ähnlich sieht es mit Macrons Vorschlägen für einen gemeinsamen Finanzminister der Eurostaaten aus. Er könnte schon an den unterschiedlichen Erwartun-

gen an ihn scheitern, warnen Beobachter. Denn von einem solchen Minister würden sich demnach wirtschaftlich schlechter dastehende Eurostaaten voraussichtlich mehr „Wohltaten“ und Erleichterungen von der viel kritisierten Sparpolitik versprechen, während der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble sich ihn allenfalls als Wahrer von Haushaltsdisziplin vorstellen kann. Allein in dieser Hinsicht gehen die Meinungen zu Macrons Vorschlägen schon weit auseinander.

Einig sind sich Berlin und Paris bislang vor allem in der Erkenntnis, dass Reformen unumgänglich sind, soll die Gemeinschaft zukunftsfähig gemacht werden. Dabei gilt der neue französische Präsident vielen als Hoffnungsträger. Auch von deutscher Seite wird deshalb, bei aller Kritik im Detail, bislang vor allem auf die Gemeinsamkeiten abgestellt und Unterstützung zugesagt. Auch der Vizepräsident des Europaparlaments, der FDP-Politiker Alexander Graf Lambsdorff, stellte gegenüber der Zeitung „Welt“ fest, es sei Aufgabe aller Demokraten und aller Partner Frankreichs, Macron dabei zu helfen, dass seine Präsidentschaft ein Erfolg werde. Mit Blick auf Kritik an einer Reform der Eurozone sagte Lambsdorff, man solle die Gespräche darüber „ohne Scheuklappen“ führen.

*Ein Kommentar von
Rita Bremer*

AUSWÄRTIGES AMT MACHT ERNEUT STATION IM GSI

Seit gut einem Jahr lädt das Auswärtige Amt Interessierte dazu ein, die Zukunft Europas zu diskutieren. Anlässlich der Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren lautete die Fragestellung im Frühjahr „Welches Europa wollen wir?“ – auch im GSI wurde dies im Rahmen einer Abendveranstaltung konstruktiv debattiert. Nun wird die Diskussion fortgesetzt – wiederum mit dem GSI als Partner.

In der neuen Reihe liegt der Fokus darauf, wie Deutschland und seine Europa-Politik in anderen Mitgliedstaaten wahrgenommen werden. Im Mittelpunkt jeder Diskussionsveranstaltung stehen jeweils die Erfahrungen deutscher Botschafterinnen und Botschafter, die den Blick der europäischen Partner auf die Zukunft Europas reflektieren.

Dirk Brengelmann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden, wird am Donnerstag, 21. September 2017, im GSI die Sicht seines Gastlandes auf die EU und die deutsche Rolle in Europa darstellen. In der an-



Foto: GSI

schließenden Diskussion wird er aktuelle europäische Fragestellungen mit dem Publikum erörtern. Moderiert wird die Veranstaltung von Barbara Wesel, Studio Brüssel der Deutschen Welle. Anmeldungen über die Webseite des GSI sind erbeten.

TRI-NATIONALES JUGENDFORUM ZUR #FUTUREOFEUROPE

Vor welchen Herausforderungen stehen wir in Europa und welche Chancen ergeben sich aus diesen für uns? Was sind unsere Ideen für die Zukunft eines gemeinsamen Europas? Die Beantwortung dieser Fragen braucht einen Raum in dem engagierte Interessierte ihre Visionen für die #FutureofEurope austauschen, entwickeln und diskutieren können. Das GSI lädt daher junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren aus Albanien, Deutschland und Frankreich zu einem dreiteiligen Jugendforum nach Bonn ein. Ziel ist es, eine interaktive Plattform zu bieten, um eine gemeinsame Vision für ein zukunftsfähiges Europa zu entwickeln. Im Mittelpunkt des Forums stehen neben (Fach)Information vor allem der interkulturelle Austausch sowie die Entwicklung von Ideen und Handlungsansätzen. Open-Space-Gruppenarbeiten, Gespräche mit Fachexperten, Debatten und Workshops bieten viel Raum für Interaktion zur Ent-

wicklung einer gemeinsamen Vision für #FutureofEurope, die im Rahmen einer abschließenden Aktion auch öffentlich gemacht wird.

Die Veranstaltung wird pädagogisch und finanziell vom Deutsch-Französischen Jugendwerk aus dem Sonderfonds der Südosteuropa Initiative unterstützt. Partner sind der Verein People et Culture, der National Youth Service of Albania und das National Youth Congress Albania. Alle weiteren Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf der Webseite des GSI.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof
Tel: +49 (0) 228 / 8107-0
E-Mail:
weltenbuerger@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de
Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg,
Germany

GSI STELLT PROJEKT BEI DER RE:PUBLICA THESSALONIKI VOR

Die Vision eines vernetzten Europas steht im Mittelpunkt der re:publica Thessaloniki. **Vom 11. bis 13. September 2017** laden die Organisatoren Aktivisten, Gründer und Künstler aus Europa nach Griechenland ein, um Ideen, Projekte und Möglichkeiten auszutauschen. Das GSI wird dort die Session „Sharing And Shaping The Future: European Societies In Digital Age“ ausrichten und dort sein Kolloquium „Europäische Gesellschaften im digitalen Zeitalter“ präsentieren. Mit diesem Kolloquium will das GSI ab Herbst 2017 die Herausforderungen in Europa im Zuge der Digitalisierung herausarbeiten. Komponenten des Kolloquiums sind eine Convention in Bonn, Konferenzen in europäischen Ländern und eine Online-Plattform. Hier sollen jeweils die Rahmenbedingungen diskutiert und geschaffen werden, um in Europa gute, resiliente und demokratisch stabile digitale Gesellschaften gelingen zu lassen.



Von der Session auf der re:publica Thessaloniki verspricht sich das GSI wichtige Anregungen zur Gestaltung des Kolloquiums sowie einen lebendigen Austausch mit Experten und potenziellen Teilnehmenden des Projekts. Die re:publica, 2007 in Berlin gestartet, gilt als eine der weltweit wichtigsten Konferenzen zu Themen der digitalen Gesellschaft.